

Solidarität mit der Ukraine – Land



Die Abgeordneten des Landtags applaudierten der ukrainischen Generalkonsulin Iryna Shum (Bild links). Die Diplomatin hatte sowohl die Sondersitzung am 9. März 2022 als auch die Debatte über die Ukraine-Resolution am 23. März 2022 von der Besuchertribüne aus verfolgt.

Fotos: Schälte



9. März 2022 – Der Angriffskrieg des russischen Präsidenten in der Ukraine und das Leiden der ukrainischen Bevölkerung erschütterten die Welt. In einer Sondersitzung stellte sich der Landtag bereits Anfang März an die Seite des Landes und versicherte seine Solidarität. Die ukrainische Generalkonsulin Iryna Shum verfolgte die Sondersitzung von der Besuchertribüne aus.

Als der Präsident des Landtags, André Kuper, die Generalkonsulin begrüßte, spendeten die Abgeordneten stehend minutenlangen Applaus. Mit einer Schweigeminute gedachten sie dann der Opfer des Krieges.

Die Landesregierung hatte die Sondersitzung beantragt. Die Unterrichtung durch Ministerpräsident Hendrik Wüst stand unter dem Titel „Für Freiheit, Frieden und Demokratie – Nordrhein-Westfalen steht an der Seite der Ukraine“.

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) sagte, Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine sei auch ein Angriff auf Europa und demokratische Werte. Wüst dankte den Menschen in NRW für eine Welle der Solidarität mit der Ukraine. Klar sei: „Wer vor Putins Krieg flieht, ist bei uns in Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen.“ Land und Kommunen bereiteten sich auf die Aufnahme Geflüchteter vor. „Ja, es wird haken. Ja, es wird schwierig. Aber ich will es mit aller Klarheit sagen: Wir schaffen das!“ Aufnahmekapazitäten würden ausgebaut. Wichtig sei zudem, Abhängigkeiten von

Energieimporten aus Russland schnellstmöglich zu beenden.

Der russische Angriffskrieg sei ein „Verbrechen gegen die Ukraine und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Moralisch habe Putin den Krieg „schon heute verloren“. NRW sei gefordert, humanitäre Hilfe zu leisten. Europa stehe vor der größten Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Kapazitäten in Erstaufnahmeeinrichtungen müssten deutlich ausgebaut werden. Nötig seien geordnete Verfahren zur Registrierung von Geflüchteten, um Hilfsangebote gezielt vorhalten zu können. Die Landesregierung müsse u. a. einen Krisenstab und einen Runden Tisch einberufen.

Mitgefühl und Trauer

CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** sprach von einem „abscheulichen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“. Er verspüre großes Mitgefühl und tiefe Trauer. „Putins Krieg ist ein Krieg gegen unsere Werte“, sagte Löttgen. Er hob

die „ungeheure und vorbildliche Hilfsbereitschaft in unserem Land“ hervor und dankte den oft ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hilfsorganisationen, „die alles tun, damit unsere Sach- und Geldspenden dort ankommen, wo sie gebraucht werden“. Seine Hochachtung gelte den Menschen in der Ukraine und in Russland, die „unter Lebensgefahr die Werte der Demokratie verteidigen“.

„Der Angriffskrieg Putins lässt uns erschüttert zurück“, sagte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Man sei aber weder sprachlos noch ohnmächtig. „Wir werden Menschen, die Schutz suchen, diesen Schutz hier geben“, sagte Schäffer. Die harten Sanktionen gegen Russland seien richtig, „auch wenn sie natürlich wirtschaftliche Auswirkungen auf uns hier in Deutschland und in ganz Europa haben“. Frieden und Menschenrechte, Freiheit und Demokratie müssten das wert sein. Die Kommunen dürften angesichts der Flüchtlingsbewegung nicht alleingelassen werden. Sie bräuchten die „volle Unterstützung des Landes“.

Landtag verurteilt russischen Angriffskrieg



Rede des Präsidenten

Vor Beginn der Sondersitzung hatte der Präsident des Landtags, André Kuper, in einer Rede betont: „Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa sind an der Seite der Ukraine. Wir stehen zusammen für Frieden, Freiheit und Demokratie.“ Er zollte den Ukrainerinnen und Ukrainern Respekt, die „aus Liebe zu ihrem Vaterland ihre politische Freiheit und Demokratie“ verteidigten. Der Präsident ergänzte: „Unser besonderes Mit-

gefühl gilt den vielen Menschen, die Opfer des Krieges sind, die Angehörige verlieren, deren Familien durch den Krieg zerrissen sind, die Hab und Gut verloren haben, die verängstigt oder verzweifelt sind, die auf der Flucht sind.“

Auf der Medienwand am Vorplatz des Landtags ist seit Beginn des Krieges die ukrainische Flagge als Zeichen der Solidarität zu sehen.

FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** sprach von einer dramatischen Lage in der Ukraine und unermesslichem Leid. Die Sanktionen gegen Russland träfen auch den Westen. Sie seien aber der „Preis der Freiheit“ und dieser Preis müsse bezahlt werden. Rasche forderte, Deutschland müsse seine Energiepolitik neu denken. Langfristig liege die Lösung in den Erneuerbaren Energien. Hier müsse es mehr Tempo geben. Benötigt werde aber auch eine andere Übergangslösung. Es gehe nicht darum, den Kohleausstieg infrage zu stellen. Eine längere Laufzeit einzelner Kohlekraftwerke stehe aber im Fokus der Debatte.

Energiepolitische Handlungsfähigkeit

AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** sagte, es müsse das Leid der Menschen in der Ukraine und der Flüchtenden gelindert und geholfen werden, den Krieg zu beenden. Darüber hinaus gehe es jetzt darum, Deutschland energiepolitisch und militärisch handlungsfähiger zu machen. Es sei eine humanitäre Selbstverständlichkeit, die Kriegsflüchtlinge temporär aufzunehmen. Dafür müssten nun aber die Bedingungen geschaffen werden. Die Kommunen dürften nicht überfordert werden. Die Landesregierung müsse mehr für sie tun. Wagner kritisierte, es gebe keine vernünftige Koordination zwischen Bund und Ländern.

tab, zab, wib

Resolution

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 23. März 2022 mit einer Resolution den russischen Angriffskrieg in der Ukraine verurteilt und sich erneut solidarisch an die Seite der ukrainischen Bevölkerung gestellt. Ein entsprechender Antrag von CDU, SPD, FDP und Grünen wurde mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen beschlossen. Die AfD enthielt sich. Ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion (**17/16758**) wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

In der Resolution (**17/16758**) wird der Tag des russischen Angriffs, der 24. Februar 2022, als „einer der dunkelsten Tage in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien“ bezeichnet. Weiter heißt es: „Der Landtag Nordrhein-Westfalen verurteilt das Vorgehen der russischen Regierung aufs Schärfste und erklärt seine Solidarität und Unterstützung mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung sowie all jenen Menschen,

die auch in der Russischen Föderation wie in Belarus gegen Autokratie und für Frieden, Freiheit und Demokratie eintreten. Das Streben der Ukrainerinnen und Ukrainer nach Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Niemand hat das Recht, die Ukraine mit militärischer Gewalt an diesem Weg zu hindern.“

Die Abgeordneten fordern den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf, den Krieg unverzüglich zu beenden und die Truppen aus der Ukraine abzuziehen. Zugleich versichern sie, Nordrhein-Westfalen werde alles dafür tun, geflüchtete Menschen aus der Ukraine aufzunehmen und zu versorgen: „Wer bei uns Schutz sucht, den heißen wir willkommen. Wir in Nordrhein-Westfalen werden uns den Herausforderungen stellen, die dieser Krieg mit sich bringt.“

Die Debatte über die Resolution lesen Sie im Internet: www.landtag.nrw.de/Aktuelles/Meldungsarchiv